

**Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Der Jugend eine Zukunft!
- alternative Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in der Kommune“
10. Kommunalpolitischer Ratschlag 18./19.10. 2008 in Mülheim/Ruhr**

Ziel kommunaler Kinder- Jugend- und Familienpolitik ist laut Wikipedia:

- Die Verbesserung der Lebensbedingungen im unmittelbaren Lebensumfeld
- Die Unterstützung und Stärkung der Familien bei der Erfüllung ihrer Aufgaben (Erziehung, Bildung, gegenseitige Hilfe). (Grundgesetz Artikel 6 stellt die Familien unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung).

Wir waren uns einig, dass die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in der Kommune die **gesamten Lebensverhältnisse** berührt und deshalb nicht auf Kinder-, Jugend- und Familienfragen im engen Sinn beschränkt ist. Dazu gehören auch die Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten, Lohn, Hartz IV, Umwelt, Gesundheitswesen, Wohn- und Verkehrsverhältnisse, Kultur, Bildung etc. Es geht um die gesamte **Zukunft der Jugend**, für die wir **gesellschaftlich Verantwortung übernehmen** und den **kommunalpolitischen Zusammenschluss** an der **ganzen Bandbreite** der Lebensverhältnisse.

Kritisch diskutierten wir den „besonderen Schutz der Familien durch die staatliche Ordnung“:

- Wir sind dafür, **jede Form des Zusammenlebens**, wo Menschen füreinander gegenseitige Verantwortung übernehmen, zu unterstützen. Das geht über die traditionellen Ehe- und Familienverhältnisse hinaus.
- Erziehung, Bildung und gegenseitige Unterstützung kann man nicht nur den Familien auferlegen. Es sind umfassende **gesellschaftliche Aufgaben**.
- Gemessen an der Realität von sprunghaft gestiegener Kinderarmut, Hartz IV, Streichung kommunaler Einrichtungen wie Schwimmbädern, Bibliotheken, Musikschulen, angesichts der Billig“lösungen“ zur Kinderverwahrung und der Misere im Bildungswesen ist der vielbeschworene **besondere Schutz der Familien für die breite Masse der Bevölkerung eine Lebenslüge**. Die so gelobte „neue Familienpolitik“ der Bundesregierung besteht hauptsächlich in bestimmten materiellen Anreizen für besser Verdienende, damit die Frauen im Beruf bleiben oder leichter wieder einsteigen können. Auch ein Anstieg der Geburtenrate soll damit gefördert werden. Gleichzeitig wird durch die Politik der Bundesregierung, z.B. beim Elterngeld die breite Mehrheit, besonders Alleinerziehende und Geringverdiener, **schlechter** gestellt als bisher und werden die Familien laufend mit neuen Angriffen auf ihren Lebensstandard konfrontiert.
- Vielfach ist die Jugend besonders aufgeschlossen und bereit, sich unerschrocken zu engagieren. Gleichzeitig sind wir aber auch mit negativen Folgen der Regierungspolitik und schlechten Einflüssen der bürgerlichen Jugendkultur konfrontiert wie z.B. **zunehmende Familienlosigkeit**, Vereinsamung, Egoismus, Verwahrlosung, Gewalt in Familien, Vandalismus etc. Auch hierzu sollten wir als Wahlbündnis in eine offene Auseinandersetzung treten und uns dazu verhalten.

Merkmale der kommunalen Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der etablierten Parteien:

- Institutionalisierung und Stellvertretendes Handeln für die Jugend
- Setzt stark auf ehrenamtliche Arbeit und Initiativen
- Reduzierung auf die unumgänglichen Pflichtaufgaben, die den Kommunen zudiktiert werden, während die sog. freiwilligen Aufgaben zusammengestrichen werden (in Bergkamen machen sie z.B. nur noch 0,5 % des gesamten Haushalts aus).
- Zur Linderung der größten Not werden in Städten zunehmend Tafelläden, Mittagstische etc.gegründet. Diese Almosen werden meist durch Sponsoren, private Träger oder aus Stiftungsgeldern finanziert.
- Als modern gilt, sich Leitbilder zu geben, z.B. als „kinder- und familienfreundliche Stadt“. Manche Kommunen entwickeln besondere Initiativen in Konkurrenz zu

anderen Kommunen, z.B. um junge Familien anzusiedeln (Bauplatzförderung, Zuzugsprämie, besondere schulische Möglichkeiten, Sozialpass etc.). Das gilt als sog. „weicher Standortfaktor“ und soll günstige Rahmenbedingungen schaffen, gegen Abwanderung v.a. der jungen Leute, für Betriebsansiedlungen etc.

- Manche Gemeinden erstellen regelmäßig einen kommunalen Familien- oder Sozialbericht als sogenanntes Steuerungsinstrument (Bestandsaufnahme der Lebenslage, Darlegung der Leistungen der Kommune, Bewertung und Vorschläge zum weiteren Handlungsbedarf). Das ist durchaus sinnvoll.
- In manchen Kommunen gibt es sog. Jugendparlamente, wo schon früh die Beeinflussung im Sinne der etablierten Parteien organisiert wird. Hier werden vor allem parlamentarische Verhaltensmuster eingeübt und vielleicht auch für die ein oder andere Politikerkarriere ihres Nachwuchses ein Grundstein gelegt.

Merkmale unserer alternativen Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in der Kommune

- wir gehen aus vom Interesse der „einfachen“ Leute an der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und greifen die berechtigten Interessen auf
- wir lassen uns nicht ein auf das Argument, es sei kein Geld da. Es ist genug Geld da, aber es wird von unten nach oben umverteilt.
- Das Argument „das können wir hier nicht ändern, weil es nicht in unsere kommunale Zuständigkeit fällt“ findet sich mit den bestehenden Zuständen ab oder rechtfertigt diese sogar. Es sind doch gerade die etablierten staatstragenden Parteien, die solche Gesetze in trauter Eintracht beschließen.
- Verbesserungen für uns sind nur auf Kosten der Profite der Großkonzerne durchzusetzen. Diese haben sich den Staat untergeordnet und nutzen ihn als Dienstleister für ihrer Interessen.
- Soziale Aufgaben wie Kinder- und Jugendpolitik sind für uns keine „freiwilligen“ Leistungen und „Verschiebemasse“, die nach Belieben wieder gestrichen werden kann, sondern unabdingbare Voraussetzung für eine lebenswerte Zukunft und angemessene Lebensverhältnisse für alle. Wir brauchen keine Almosen und wollen unser Leben selbst organisieren.
- Wir entwickeln wir unsere Politik gemeinsam mit den Betroffenen. Möglichst viele sollen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und lernen, neue Politiker zu werden.
- Unsere alternative Kommunalpolitik findet in der Öffentlichkeit und auf der Straße statt.
- Wir arbeiten mit den verschiedensten Initiativen, Organisationen und Bewegungen (Frauenbewegung, Montagsdemobewegung, Gewerkschaften u.a.) zusammen, um die Kräfte zu bündeln.
- Wir nützen die Ratsarbeit unterstützend als Sprachrohr, ohne in Stellvertretertum zu verfallen und Illusionen zu verbreiten, Wunder weiß was man dort bewirken könnte.
- Wir brauchen ein eigenes (jugendpolitisches) Profil und machen positive Vorschläge
- Wir sollten darauf achten, systematisch eigene Themen und Ziele zu verfolgen statt nur auf auftretende Ereignisse oder in erster Linie auf Ratsvorlagen zu reagieren
- Wir schauen über den Tellerrand der Kommune hinaus auf die ganze Politik
- Wir erlauben uns, über das bestehende sozialfeindliche System hinaus zu denken
- Organisation, Aufklärung, Ausbildung (sich mit den Ursachen und Hintergründen befassen) – diese drei Seiten sollten wir in unserer gesamten Arbeit verwirklichen
- Wir wirken nicht nur über Inhalte und Forderungen, sondern mit dem ganzen Stil unserer Arbeit: Zusammenhalt, eine gute Streitkultur und auch gemeinsame Erholung und das Feiern gehören dazu.

Beim Erfahrungsaustausch wurde deutlich, dass die anwesenden **Wahlbündnisse** alle einen **reichhaltigen Schatz an Erfahrungen** auf diesem Feld der Kommunalpolitik haben und dass durch gemeinsame Aktivitäten auch schon einiges erreicht werden konnte. Gleichzeitig stellten wir selbstkritisch fest, dass diese Erfahrungen oft nicht in ausreichendem Maß ausgewertet und anderen zur Verfügung gestellt werden. Das ist Ausdruck einer gewissen

Beschränkung, in erster Linie lokal auf das eigene Bündnis zu schauen und die Bedeutung der Vernetzung und gegenseitigen Unterstützung als alternative kommunalpolitische Bewegung zu unterschätzen. Es gibt in einigen Bündnissen auch noch unterschiedliche Meinungen zu dieser Frage, die weiter diskutiert werden müssen. In der Arbeitsgruppe bestand jedoch vor allem der **Wunsch, schrittweise zu bestimmten Kernfragen enger zusammen zu arbeiten, gemeinsame Forderungen zu entwickeln, ggf. auch regional gemeinsame Aktivitäten** z.B. zu Kinderbetreuungs- und Schulfragen **zu organisieren**, wie beim Kibiz in NRW und die **Erfahrungen auszutauschen**. Sich gegenseitig Recherchen, Materialien und Ausarbeitungen für die Bildungsarbeit zur Verfügung stellen, damit nicht jeder das Rad neu erfinden muss. Dies soll keinen bindenden Charakter haben, sondern Anregungen geben für andere.

In diesem Sinn zum Schluss noch eine (sicher unvollständige) **Übersicht über die von verschiedenen Bündnissen bisher aufgestellten Forderungen:**

- Rücknahme der Hartz-IV-Gesetze, für kommunale Initiativen zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen statt Lohndumping und 1-€-Jobs – Unterstützung der Montagsdemonstrationsbewegung
- Der Jugend eine Zukunft – investieren statt kürzen bei Kitas, Schulen und Jugendarbeit!
- Qualifizierte Ganztagsbetreuung – Kibiz muss fallen
- Kostenlose Ganztagserziehung vom Kindergarten bis zur Hochschule. Gegen Streichung von Hausmeistern, Putzdiensten etc. Für kostenfreies Mittagessen und Lernmittel. Finanzierung der Schülerbeförderung durch die Stadt.
- Sozialticket/Sozialpass für ärmere Familien
- Erhalt und Ausbau von Freizeit- und Bildungseinrichtungen
- Förderung des Breitensports! Kostenlose Freizeiteinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Senioren! Gegen die jugendfeindliche Politik des „Masterplan Sport“, gegen Bäderschließungen und Verteuerungen! Wir brauchen eine moderne Sport- und Bäderlandschaft...
- Keine Schulschließungen! Erhalt der wohnortnahen Schulen und Gewährleistung einer guten Ausstattung. Bildung kleiner Klassen statt Schulschließungen. Aufhebung des 3-gliedrigen Schulsystems – für ein längeres gemeinsames Lernen
- Auch Position beziehen zu Inhalten im Bildungswesen. z.B. sind mit der Namensgebung für eine Schule auch bestimmte Inhalte und ein entsprechendes Schulprofil verbunden, wie vom Beispiel der geplanten Hundertwasserschule in Neukirchen-Vluyn berichtet wurde. Das Wahlbündnis „NKV-Auf geht's“ kritisierte die damit verbundene Förderung antiautoritärer Erziehung und die geplanten Auflagen der Hundertwasserstiftung.